

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzolamts und des Bezirkskolonialamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: fünf in Monatszahl monatlich 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonnabendnummer 15 Pf.)

Verantwortlicher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einpaltige Millimeterzeile 6 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 115

Sonnabend, den 18. Mai 1935

90. Jahrgang

Das Kownoer Bluturteil gegen die Memelländer bestätigt.

Stärkste Entrüstung in Ostpreußen.
DNR. Kowno, 17. Mai. Das litauische Obertribunal verurteilte am Freitag um 15.30 Uhr seine Entscheidung über die Kassationsklage der Verurteilten im Memelprozess. Danach werden mit Ausnahme des Urteils gegen Baron von der Kopp alle Kassationsklagen als unbegründet abgelehnt. Gegenüber Baron von der Kopp ist § 3 (Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes) gestrichen worden, jedoch werden die übrigen Beschuldigungen auch ihm gegenüber aufrecht erhalten. Ebenso ist die Zivilforderung von Frau Jesuitis abgelehnt worden.

Damit sind alle Rechtsmittel nymmehr erschöpft, und das Urteil des Kriegsgerichtes bleibt in vollem Umfange einschlägig der vier Todesurteile bestehen. Das Urteil ist mit der Entscheidung des Obersten Tribunals rechtskräftig geworden. Der Vollzug erfolgt innerhalb von 24 Stunden.

Den Verurteilten stehen nur noch die Gnadenmittel offen. Wie man hört, haben die vier zum Tode Verurteilten, nämlich Priek, Boll, Lepa und Wannagat, nicht die Absicht, Gnadengesuche an den Staatspräsidenten einzureichen; jedoch wird ihr Verteidiger dies für sie tun.

Die Entscheidung des Obersten Tribunals über das Urteil im Memelländerprozess wurde den Verurteilten noch im Laufe des Freitagmorgens zur Kenntnis gebracht. Den vier zum Tode Verurteilten, die die Entscheidung des Obersten Tribunals vollkommen gefast aufnehmen, wurde außerdem noch mitgeteilt, daß sie zumeist Vermehrung einer schnellen Vollstreckung des Urteils ein Gnadengesuch beim Staatspräsidenten einreichen können. Sie erklärten jedoch ihrem Verteidiger, daß sie im Bewußtsein ihrer Unschuld nicht den Gnadenweg in Anspruch nehmen würden. Der Verteidiger setzt sich trotzdem für die Begnadigung weiter ein.

Falls zum Tode Verurteilte kein Gnadengesuch an den Staatspräsidenten einreichen, so kann in diesem Falle auch der Kriegsminister um Begnadigung intercedieren. Ebenso kann der Staatspräsident von sich aus die Vollstreckung des Todesurteils aussetzen. Es ist bemerkenswert, daß über den Zeitpunkt des endgültigen Vollstreckungstermins auch in juristischen Kreisen die verschiedensten Ansichten herrschen. Es heißt einerseits, daß ein Todesurteil 24 Stunden nach Bekanntgabe der Entscheidung der letzten Instanz vollstreckbar wird, andererseits heißt es jedoch, daß die Bekanntgabe in diesem Falle den Weg über das Kriegsgericht, von da über die Staatsanwaltschaft des Kriegsgerichtes zum Zivilstaatsanwalt, der die Vollstreckung durchführen würde, passieren müßte, was einige Tage in Anspruch nehmen würde.

Stärkste Entrüstung in Ostpreußen.

DNR. Königsberg, 18. Mai. Die Bestätigung des Kownoer Bluturteils hat in ganz Ostpreußen stärkste Entrüstung hervorgerufen.

Die Preussische Zeitung schreibt unter der Überschrift: „Praktisch“ u. a.: Wochen hat die Folter gedauert, auf die man unsere deutschen Brüder im Memelland gespannt hat. Wochen hindurch haben sie in finsternen Kerker des litauischen Staates zubringen müssen, um heute ein Urteil bestätigt zu erhalten, das in der Weltgeschichte ohne Beispiel dasteht. Als damals nach der ersten Verkündung des Urteils die Angeklagten erhobenen Hauptes in die Gefängnisse zurückgingen, da wußten sie bereits, welches Schicksal ihrer harrete. Mit Stolz aber und in dem Bewußtsein ihrer Schuldlosigkeit haben unsere Volksgenossen es damals abgelehnt, sich durch ein Gnadengesuch auch nur mit einem Schein des Schuldgefühls zu belasten. Es war immer das charakteristische Merkmal deutscher Männer, die als Träger deutschen Volkstums sich einer Willkür- und Gewalttätigkeit gegenüber zu behaupten hatten, daß sie zu kämpfen und wenn es sein mußte auch zu sterben wußten. Noch ist das Urteil nicht vollstreckt. Wir hoffen mit den Angeklagten, daß man sich in Kowno noch in letzter Stunde besinnt. Fester denn je fühlt sich das deutsche Volk in dieser Stunde mit seinen Brüdern im gegauelten Memelland verbunden. Verantwortlich für das grauenhafte Schicksal des Memellandes sind die Mächte, die am 17. Mai 1924 durch die Unterzeichnung des Autonomiestatuts die Garantien des Memellandes wurden. Sollte das Urteil der Kownoer Mächte vollstreckt werden, dann kommt das Blut der vier zum Tode verurteilten Memelländer mit auf das Haupt der Memelländersignatäre. Immer wieder ist das Problem des europäischen Friedens in den letzten Monaten Gegenstand und Mittelpunkt der internationalen Gespräche gewesen. Will die Welt, wollen die Großmächte beweisen, daß es ihnen ernst ist um die Erhaltung des europäischen Friedens, dann mögen sie in dieser Stunde beweisen, daß sie nicht gewillt sind, ein Unrecht geschehen zu lassen, das mit den Memelländern dem ganzen deutschen Volk geschieht. An die Memelländersignatäre ergeht daher unser Ruf: Schluß mit der litauischen Willkür! Schluß mit einer Gewalttätigkeit, die gewillt ist, ihrem unheimlichen und gefährlichen Treiben mit der Vollstreckung des

ausgesprochenen Urteils einen blutigen Stempel aufzudrücken. Dieses Urteil darf nicht vollzogen werden. Hinter dieser Forderung steht in einmütiger Geschlossenheit das ganze deutsche Volk!

Die Königsberger Allgemeine Zeitung fährt aus: Wir stellen an Europa die Frage, ob in einem solchen Augenblick jene falsche und kalte Formaljuristik liegen soll, wie sie sich in dem Urteil des litauischen Obertribunals auszuweisen dünkt oder ob es heute nicht um mehr geht — nämlich um die Rettung des Friedens und der Gerechtigkeit überhaupt.

Vor allem erheben wir in der letzten Stunde unsere Stimme, um die Unterzeichnermächte des Memelstatutes an ihre Pflichten zu gemahnen. Können sie zusehen, wie hier alle Ausgleichsbemühungen mit einem Schlag vernichtet werden sollen? Können sie diese Verantwortung auf sich nehmen, daß im Nordosten Europas so ungeheuerliches geschieht? Es ist eine Stunde, in der die verantwortlichen Staatsmänner Europas, die mittelbar oder unmittelbar an diesem Urteil beteiligt sind, sich darauf besinnen müssen, daß sie mehr zu tun haben, als diplomatische Formeln zu erfüllen, in der sie sich vielmehr darüber klar sein müssen, daß sie für das Schicksal ihrer Völker verantwortlich sind.

Der Reichsfreier Königsberg, der gleichfalls die Bestätigung von der Bestätigung des Kownoer Bluturteils in seiner Sendung durchgab, unterbrach darauf die Sendung und legte eine Minute Funkstille ein. Sodann wurde das bessere Unterhaltungsprogramm abgesetzt und stattdessen eine ernste Sendung aus Leipzig übernommen.

Kundgebungen vor dem litauischen Generalkonsulat in Königsberg.

DNR. Königsberg, 17. Mai. Nach dem Bekanntwerden der Bestätigung des furchtbaren Kownoer Bluturteils durch die Extrablätter der Königsberger Zeitungen und durch die Mitteilungen des Rundfunks bemächtigte sich der Königsberger Bevölkerung eine starke Erregung. Aus allen Häusern strömten die Menschen, und wieder bildeten sich spontan Demonstrationen, die aus dem Innern der Stadt hinaus in die Vorstadt, die Hüfen, zogen, wo sich das litauische Generalkonsulat befindet. Hier hatte Polizei in weitem Umkreis das in völliger Finsternis liegende Konsulatsgebäude abgesperrt. Immer mehr Demonstranten zogen heran, so daß bald die Zahl der erregten Menschen vor dem Hause nach Zehntausenden zählte. Immer wieder schwenkten sich die Empörungsrufe zu den verdunkelten Fenstern empor, mit denen die Menge ihrer Erregung über das unerhörte Urteil Luft machte. Im übrigen vollzog sich die Kundgebung in völliger Disziplin.

Tageschau.

* Die Bestätigung des Kownoer Bluturteils hat in ganz Ostpreußen stärkste Entrüstung hervorgerufen. In Königsberg bildeten sich spontane Demonstrationen von Zehntausenden, die vor das litauische Generalkonsulat zogen. Die Kundgebung verlief in völliger Disziplin.

* In dem Prozeß gegen die Ordensschwester Katharina Wiedenhöfer, genannt Schwester Wernera, wegen Dessewverbrechens verurteilte das Berliner Schnellstrafgericht die Angeklagte zu fünf Jahren Zuchthaus, fünfzehn Jahren Ehrverlust und 140 000 Reichsmark Geldstrafe.

* In der Nacht zum Sonnabend wurde der Sarg des Marschalls Pilsudski nach Krakau übergeführt, wo er in der 9. Morgenstunde eintraf. An der ganzen Bahnstrecke hatte sich die polnische Bevölkerung in diesen Scharen zum letzten Abschied von dem großen Polen eingefunden.

* Im Beisein des Führers, zahlreicher Minister, des Nuntius Oesjenko und des diplomatischen Korps, sowie der Vertreter der Wehrmacht, fand heute vormittag in der Hedwiga-Kathedrale in Berlin ein feierliches Requiem für den nationalen Helden des polnischen Volkes, Marschall Pilsudski, statt.

Die englische Presse glaubt jetzt, mit Sicherheit mit einer Umbildung des Kabinetts in aller nächster Zeit rechnen zu können. Als wahrscheinlicher Außenminister wird heute wiederum Cordell Hull bezeichnet.

Außenminister Cavaletti wird nach den Besprechungsprotokollen in Krakau am kommenden Montag in Paris zurückzukehren.

„Times“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der voraussichtlichen Entwicklung der polnischen Außenpolitik nach dem Tode Pilsudskis. Das Blatt sagt dabei, daß gegenwärtig nicht mit einer Aenderung der polnischen Außenpolitik zu rechnen sei. Pilsudskis größter persönlicher Erfolg sei das in Zusammenarbeit mit dem deutschen Reichsführer Hitler erzielte Abkommen mit Deutschland.

Die Küstengewässer in Frankreich dauern an. Das Thermometer ist in fast allen französischen Provinzen bis an den Nullpunkt und viel- leicht sogar darunter gesunken.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Englische Besorgnisse wegen Abessinien.

Hoffnungen auf Edens „Geschicklichkeit“.

DNR. London, 18. Mai. (Eig. Funkmeld.) Der italienisch-abessinische Streitfall, der nächste Woche vor den Völkerbundsrat in Genf kommt, stand am Freitag im Mittelpunkt der außenpolitischen Tätigkeit in London. Der am Freitag in London eingetroffene englische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, hat die allgemeine Stellungnahme der englischen Regierung zu dem Streitfall entgegengenommen und wird voraussichtlich schon am Sonnabend wieder nach Rom zurückkehren.

Außenminister Sir John Simon wurde am Freitagabend vom König empfangen, und man nimmt an, daß in der Unterredung ebenfalls der abessinisch-italienische Streitfall im Vordergrund stand. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen in Genf wird in englischen Regierungskreisen zur Zeit große Zurückhaltung in dieser Frage geübt. Es wird jedoch zum Ausdruck gebracht, daß der Mangel an Fortschritt zu beträchtlicher Besorgnis Anlaß gebe. Im Gegensatz zu der Stellungnahme Italiens, das in erster Linie die Regelung des Zwischenfalles von Ual-Ual fordert, besteht in London die Auffassung, daß die Grenzfrage das wichtigste Problem sei und daher zuerst in Angriff genommen werden müsse.

Der englische Lordgesetzbewahrer Eden reist am heutigen Sonnabend nach Genf ab, und es wird gemeldet, daß ihm die englische Regierung insofern freie Hand gegeben habe, falls er sich bemühen sollte, den kriegerischen Absichten Italiens zwar entgegenzutreten, aber gleichzeitig zu vermeiden, daß Italien aus dem Völkerbund getrieben werden könnte. Der abessinisch-italienische Streitfall wird voraussichtlich erst Mitte der nächsten Woche vom Völkerbundsrat behandelt werden. Der Lordgesetzbewahrer wird bis dahin Besprechungen mit den Vertretern Frankreichs und Italiens führen.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Morningpost“ berichtet, daß nur durch eine Verständigung zwischen den drei

Mächten eine Spaltung im Völkerbund vermieden werden könne, und Eden werde sein Neuhierles tun, eine solche Verständigung zu erzielen, bevor sich der Völkerbundsrat mit dem Fall beschäftigt. Eden habe in der Vergangenheit beträchtliche Erfolge in der Ueberbrückung gefährlicher Situationen erzielt, und man sehe in der gegenwärtigen Krise große Hoffnungen auf seine Geschicklichkeit.

Der Korrespondent stellt dann die offenbar aus italienischer Quelle stammende und längst widerlegte Behauptung von einer moralischen und materiellen Unterstützung der Abessinier durch Deutschland auf und leitet aus dieser haltlosen Behauptung eine Berechtigung der italienischen „Vorlichtsmaßnahmen“ ab. Wenn Italien, fährt der Korrespondent fort, jetzt seine militärische Ueberlegenheit in Abessinien durchsetze, dann werde es im Falle einer europäischen Krise keine Störung von dieser Seite zu erwarten haben. Das erste Ziel der italienischen Streitkräfte sei es, ein starkes Verteidigungssystem längs der von Italien beanspruchten Grenzlinie zu errichten und dann die beiden italienischen Kolonien Eryträa und Italienisch-Somaliland zu verbinden. Dies würde den Bau einer Eisenbahnlinie erforderlich machen, zu welchem Zwecke Italien einen Gebietsstreifen auf der abessinischen Seite der Grenzen von Britisch- und Französisch-Somaliland besetzen müßte.

„Times“ über die künftige Politik Polens.

DNR. London, 18. Mai. (Eig. Funkmeld.) Die „Times“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der voraussichtlichen Entwicklung der polnischen Außenpolitik nach dem Tode Pilsudskis und mit der osteuropäischen Lage im allgemeinen. Angesichts der politischen Erbschaft, die Pilsudski hinterlassen habe, sei gegenwärtig nicht mit einer Aenderung in der polnischen Außenpolitik zu rechnen. Wer-